

IA5 Östliches Mittelmeer: Für eine bessere EU-Türkei-Griechenland Strategie

Gremium: LA BW
Beschlussdatum: 27.04.2024

Antragstext

1 Der Gaskonflikt zwischen der Türkei und dem EU-Mitgliedsland Griechenland,
2 welche die beiden Staaten bzw. die Türkei mit der EU 2020 am Rande eines Krieges
3 brachte, ist zwar aktuell aufgrund der amerikanischen Präsidentschaft von Joe
4 Biden, der Erdbebenpolitik Griechenlands, nach dem großen Erdbeben im Frühjahr
5 2022, und des Ukraine Konflikts eingefroren. Diese Faktoren sind allerdings nicht
6 von permanenter Natur. Um den Konflikt nachhaltig zu lösen und nicht nur
7 einzufrieren und eine weitere Energiequelle für die EU zu sichern, fordern wir:

- 8 • Die EU muss die USA als militärische und politische Führungsmacht im
9 östlichen Mittelmeer ablösen, um Ordnung und Stabilität in die Region zu
10 bringen. Dies könnte dadurch geschehen, dass die großen EU-Staaten ihre
11 militärische Präsenz in der Region verstärken.
- 12 • Die EU muss sich dafür einsetzen, dass die Türkei in das „Eastern
13 Mediterranean Gas Forum“ aufgenommen wird, um Spannungen ab- und Vertrauen
14 aufzubauen. Sollte dies nicht möglich sein, muss die EU einen Trilog mit
15 Griechenland/Südzypem und der Türkei/Nordzypem initiieren, um in einem
16 institutionellen Rahmen über die Wiedervereinigung Zyperns, die Seegrenzen
17 und die Gasverteilung zu sprechen.
- 18 • Die EU muss die Beilegung dieses Konflikts als hohe außenpolitische
19 Priorität einstufen. Hierzu fordern wir die EU auf, ein Grünbuch zur
20 Verbesserung der EU-Türkei-Beziehungen zu erarbeiten. Eine nachhaltige
21 Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen würde regionale
22 Energieinfrastrukturprojekte ermöglichen, die die europäische
23 Energieversorgung auf eine breitere und kostengünstigere Basis stellen.
- 24 • Aus geostrategischer Sicht muss die EU die Beitrittsverhandlungen mit der
25 Türkei wieder aufnehmen und die jährlichen Zahlungen für die Heranführung
26 der Türkei an den EU-Rechtsrahmen wieder aufnehmen, sofern die Türkei die
27 demokratischen und rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllt.

Begründung

In der Vergangenheit wurde das Mittelmeer oft als Geburtsort der Zivilisation beschrieben, während es heute auch als geostrategischer Ort bezeichnet werden kann. Einer der Gründe für diesen Wandel der Wahrnehmung ist die Entdeckung großer Gasmengen im östlichen Mittelmeer (Ägypten) im Jahr 1967. Dies weckte Begehrlichkeiten in Bezug auf die Gasförderung. Ein weiteres Problem bleibt jedoch bestehen. Bis heute gibt es keine Klarheit über die Seegrenzen zwischen der Türkei, Griechenland, Zypern (Nord/Süd), dem Libanon, Israel/Palästina und Syrien. Diese ungelöste Frage hat dazu geführt, dass die potenzielle Infrastruktur zur Gasförderung nicht realisiert werden kann. Hier kommt der jüngste Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland über die Einrichtung von ausschließlichen Wirtschaftszonen ins Spiel, um die Kontrolle über Gasfelder im östlichen Mittelmeer zu erlangen. Es ist wichtig, den Hintergrund des Konflikts zu verstehen, denn die Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern sind nicht neu. In Anbetracht der langen konfliktreichen Geschichte (von der griechischen Unabhängigkeit bis zur Krise um die Inseln Imia/Kardak im Jahr 1996), die beide Länder verbindet, scheint der Versuch, diesen Konflikt beizulegen, schwierig. Allerdings sind diesmal nicht nur Griechenland/Zypern (und damit die EU) und die Türkei Akteure in diesem geostrategischen Wettbewerb; auch Ägypten, Israel etc. spielen eine Rolle in diesem Showdown. Diese Konstellation macht diesen bilateralen Konflikt zu einem eher "regionalen Machtkampf", was diesen Konflikt noch gefährlicher macht. Diese spannungsgeladene Situation verhindert, dass regionale Energieinfrastrukturprojekte nicht realisiert werden können. Als Beispiel kann die Idee vom italienischen Energieunternehmen „Eni“ vom Jahr 2015 genommen werden, als das Zohr Gasfeld im Jahr 2015 gefunden wurden. Danach versucht der Konzern Israel, Ägypten und Südzypern zu überzeugen, ihre Gasfelder zu kombinieren und als billiges LNG-Gas von Ägypten aus zu verkaufen. Hierbei war von Anfang an klar, dass bei diesem Projekt weder die Türkei noch die Nordzypern beteiligt werden würden.

Ein vorläufiger Höhepunkt dieses Konflikts fand im Sommer 2020 statt, als sich türkische und griechische Kriegsschiffe gegenüberstanden. Diese gefährliche Situation wurde möglich, nachdem die Türkei ein Bohrschiff in Gewässer geschickt hat, welche Griechenland rechtlich beansprucht. Obwohl sich der Konflikt nach diesem "heißen" Sommer 2020 beruhigte, verschärfte er sich im Mai 2022 erneut, als Erdogan erklärte, dass der griechische Präsident Mitsotaki "für ihn nicht mehr existiere". In den folgenden Monaten drohte Erdogans Regierung Griechenland mehrmals, wobei Erdogans Drohungen im September 2022 unmissverständlich klar wurden, als er davon sprach, dass sie (Türken) "eines Nachts plötzlich herunterkommen könnten" oder dass die Griechen "Izmir nicht vergessen" sollten. Gleichzeitig beschloss die Türkei nach einer zweijährigen Pause, ihre Bohrungen im östlichen Mittelmeer wieder aufzunehmen. Der Konflikt schwillt unter der Oberfläche weiter, da das grundsätzliche Problem nicht gelöst wurde. In Anbetracht dessen, dass Donald Trump bald wieder im Weißen Haus sitzen könnte und dass Europa aktuell in einem direkten geostrategischen Konflikt mit Russland

steht, wäre es von Vorteil, dass in dieser Region Europas kein neuer potenzieller Konfliktherd entstehen würde. Außerdem könnte die nachhaltige Lösung von diesem Konflikt eine neue Energiequelle für Europa bedeuten und das könnte helfen, unabhängiger vom russischen Gas zu werden.

Rechtliche Erklärung

Um das Problem vollständig zu verstehen, müssen die Rechtsansprüche, die hinter diesem Konflikt stehen, näher erläutert werden. Die Türkei beansprucht eine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) im östlichen Mittelmeer, die sich mit der von Griechenland beanspruchten AWZ überschneidet. Darüber hinaus beziehen sich beide Nationen auf das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS), wobei der Unterschied darin besteht, dass Griechenland sich an UNCLOS III (1982) hält, das die Türkei noch nicht unterzeichnet hat. Stattdessen beruft sich die Türkei auf das UNCLOS I (1958), das teilweise anders ist. UNCLOS III bedeutet, dass "Inseln die maritimen Rechte der Festlandnationen, zu denen sie gehören, erweitern" (Gorvett 2020); UNCLOS I behandelt Inseln anders. Im SRÜ I erhalten Länder, in deren unmittelbarer Nähe sich fremde Inseln befinden - ein "Festlandsockel". Das bedeutet, dass in der Regel das angrenzende Festland die Seerechte erhält. Darüber hinaus sollte man auch den Status Zyperns berücksichtigen, da dies ebenfalls eine Hauptquelle für Konflikte zwischen beiden Ländern ist. Denn der international anerkannte Teil Zyperns beansprucht für sich volle Seerechte gemäß UNCLOS III, ohne dabei Nordzypern zu berücksichtigen. Die Türkei lehnt dies ab, da es sonst technisch unmöglich wäre, in türkische Häfen einzulaufen, ohne griechische Gewässer zu betreten. Stattdessen beharrt sie darauf, dass Zypern keinen Anspruch auf eine AWZ hat. Sie argumentieren, dass das Gebiet um Zypern aufgrund seiner langen Mittelmeerküste als türkische AWZ betrachtet werden sollte. Zypern verfügt, wenn überhaupt, nur über zwölf Seemeilen, einschließlich Nordzyperns. Daher ist es offensichtlich, warum die Türkei das SRÜ III noch nicht unterzeichnet hat, Griechenland aber schon. Es sollte klar sein, dass sich die Türkei in einer schwachen Verhandlungsposition befindet, da das SRÜ III heutzutage weitgehend als Gewohnheitsrecht angesehen wird.